

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0507/2010 zur Sitzung Stadtrat am 23.03.2010**

Haushaltsbegleitantrag zum Haushalt 2010 (SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP)

Haushalt konsolidieren, Handlungsfähigkeit schaffen

Der Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2010 schließt mit einem Defizit von fast 130 Millionen Euro, das im Wesentlichen geprägt ist

- von Einnahmeeinbrüchen über mehr als 50 Mio. Euro im Bereich der Gewerbe- und Einkommensteuer
- von stark ansteigenden Kosten im Bereich der Sozialleistungen. Die Stadt Mainz muss in 2010 im Pflichtleistungsbereich soziale Leistungen 155,45 Mio. Euro aufwenden. Dem stehen Zuweisungen des Bundes und des Landes in Höhe von nur 44,36 Mio. Euro gegenüber. Das Delta von 111,09 Mio. Euro ist aus kommunalen Mitteln zu erbringen.
- von Folgekosten aus der Sanierung der Wohnbau und der MAG, deren Kapitalkosten den städtischen Haushalt jährlich mit 4,9 Mio. Euro belasten.
- Von Standardausweitungen auf Bundes- und Landesebene, für die den Kommunen nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese zu erfüllen. Als Beispiele seien hier genannt die beiden Rechtsansprüche im Bereich Kindertagesstätten und die verschärften Standards im Bereich Feuerwehr.
- von der Erhöhung der Personalkosten durch erfolgte Tarifabschlüsse (2010: 1,2 Mio. Euro).
- von zusätzlichen Stellenanmeldungen im Bereich Feuerwehr, KITAS und Finanzverwaltung

Diese Faktoren treffen auch andere Kommunen. Es ist daher dringend erforderlich, zu einem neuen System des Finanzausgleichs zu kommen. Der Städtetag fordert einen „kommunalen Rettungsschirm“ und führt hierzu aus, dass Städte sich weiter verschulden müssen, nur um die elementaren Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren zu können, und das ihnen auch noch vorgehalten wird, nicht seriös zu wirtschaften.

Der Rat der Stadt Mainz unterstützt aktiv alle Bemühungen des Städtetages Rheinland-Pfalz und des deutschen Städtetages zur Veränderung des Finanzausgleichssystems zugunsten finanzschwacher Kommunen. Die Verwaltung treibt diesen Prozess aktiv voran.

Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Die seit Jahren angespannte Haushaltssituation der Stadt und die hohen Zinszahlungen erfordern eine nachhaltige Haushaltspolitik, welche die Fehlbeträge konsequent zurückführt,

gleichzeitig aber die Handlungsfähigkeit erhält. Davon unabhängig ist die Stadt Mainz bzw. der Rat gefordert, zusätzliche eigene Konsolidierungsvorschläge zu prüfen und umzusetzen.

I. Maßnahmen für den Haushalt 2010

Vorrangiges Ziel der Haushaltsberatungen 2010 war der Forderung der ADD zur nachhaltigen Kompensation der Zinsbelastungen aus der Wohnbau-Konsolidierung nachzukommen, ohne zu den Mitteln von Steuererhöhungen greifen zu müssen. Hierzu sind in den beigefügten Tabellen die notwendigen Maßnahmen aufgeführt, die den Kompensationsbetrag der geforderten 4,9 Mio. Euro für die Wohnbau Mainz GmbH übersteigen.

- Tabellen konkrete Maßnahmen für Haushalt 2010 -

Bei der laufenden Nummer 14 verbleibt es den einzelnen Dezernaten überlassen, die pauschalen Haushaltskürzungen in den einzelnen Teilhaushalten auch durch andere Maßnahmen zu erbringen.

Genannte Einzelmaßnahmen, die in die Budgets der Zeilen 13 (Aufwendungen für Sachleistungen/Dienstleistungen) und 18 (Sonstige laufende Aufwendungen) im Ergebnishaushalt fallen, werden bei Erreichung der 5%-Pauschale angerechnet.

Darüber hinaus sind in den nachfolgenden Bereichen folgende Maßnahmen umzusetzen:

Bessere Steuerung von Ausgaben und Einnahmen

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein **Nachtragsverhandlungsmanagement** unter Einbeziehung der Eigenbetriebe und des Wirtschaftsbetriebes aufzubauen.
- Die Verwaltung wird gebeten, mit Hilfe von Investitionskontrollen für Verwaltung, Eigenbetriebe und stadtnahen Gesellschaften eine **Nachsteuerung nach Submission/Vergabe** durchzuführen.
- Der Stadtrat unterstützt die Bemühungen des Finanzdezernats in der **Optimierung des Mahn- und Forderungsmanagements**, um die Rückzahlungen zu verbessern..
- Die Verwaltung wird gebeten, den **elektronischen Einkauf (Katalogeinkauf)** der Verwaltung, der Eigenbetriebe und der stadtnahen Gesellschaften konsequent zu intensivieren.
- Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, ein Gesamtkonzept zur **Übernahme der Verkehrsüberwachung im fließenden Verkehr** an Gefahrenpunkten, insbesondere in der Nähe von Kindertagesstätten und Schulen und stark befahrenen Straßen zu erstellen.
- Die Verwaltung wird gebeten, ein zentrales **Fuhrparkmanagement** einzurichten, um dauerhaft eine bessere Steuerung der Beschaffung- und Verfügungsgewalt sicherzustellen wie

auch eine Kostensenkung zu erreichen. Die Einrichtung eines Fahrzeugpools erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll.

- Die Verwaltung wird vom Stadtrat beauftragt, alle Ansätze von **Beschaffungen von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten** über 5.000 Euro zu sperren. Die Beschaffung bedarf jeweils einer gesonderten Freigabe.
- Die Gewerbesteuer wird auch in Zukunft die wichtigste Einnahmequelle der Stadt bleiben. Eine Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die Neuansiedlung wesentlich attraktiver macht und auch die Ausweitung bestehender Unternehmen wird unterstützt. Der Stadtrat beschließt, für die notwendige **Investorenleitstelle** die Einrichtung von 2 Stellen.

Personalsteuerung

- Durch die Fortsetzung der Umstrukturierung der Verwaltung, werden durch Synergien mittel- und langfristig weitere Personaleinsparungen ermöglicht. Es wird ein **Lenkungsausschuss** gebildet, der die Umstrukturierung innerhalb der Verwaltung und die Umsetzung der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz begleitet. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausdrücklich ausgeschlossen.
- Der Stadtrat beschließt, dass die KW-Vermerke für die Stelle des Fahrradbeauftragten sowie für eine Vollzeitstelle im Frauenbüro entfallen. Für die Widerspruchsachbearbeitung und die Bearbeitung der Grundsicherung wird jeweils eine neue Stelle geschaffen.

Weitere bereits im Jahr 2010 umzusetzende Maßnahmen sind:

- Die Verwaltung wird gebeten, unverzüglich für eine **Neukonzeption der Telefon- und Datenübertragung** zu erarbeiten, um eine Kostensenkung von mindestens 100.000 Euro zu erreichen.
- Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, den Wirtschaftsbetrieb zu veranlassen, den **Betrieb der öffentlichen Toiletten** durch Private auszuschreiben, mit dem Ziel, den Betriebskostenzuschuss der Stadt Mainz zu senken, wenn möglich sogar gänzlich entfallen zu lassen.
- Um die Stadtgärtnerei als sozialen Arbeitgeber zu erhalten, wird die Verwaltung aufgefordert, diese dauerhaft in einen Integrationsbetrieb umzuwandeln, der keinen städtischen Zuschuss benötigt. Sollte dies nicht möglich sein, so hat die Verwaltung einen Weg aufzuzeigen wie der Betrieb der Stadtgärtnerei ohne städtischen Zuschuss gewährleistet werden kann.
- Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat mit seinen zuständigen Ausschüssen über den Stand des im Haushaltsbegleitantrag 2005 beschlossenen **Konsolidierungsbeitrags des Peter-Cornelius-Konservatoriums** zu berichten.
- Dem Caritasverband bleiben alle freiwilligen Leistungen für die GWA-Projekte erhalten. Die Mittel, die bisher für das Projekt „Senfkorn“ vorgesehen sind, werden für dieses Jahr den GWA-Projekten „Debrel“ und „Netzwerk Weisenau“ bereitgestellt.

II. Maßnahmen für eine strategische und langfristige Haushaltskonsolidierung

Mit klaren Zielen und Prioritätensetzungen ist es Aufgabe der Politik in den nächsten fünf Jahren eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik mit dem Ziel, einer konsequenten Konsolidierung des städtischen Defizits zu verfolgen. Mit inhaltlich abgestimmten und umsetzbaren Maßnahmen soll gemeinsam mit der Verwaltung eine Gesamtstrategie erarbeitet werden.

Die mittelfristigen Prognosen zeigen keine Entschärfung der prekären Haushaltssituation. Dies verlangt ein wirksames Gegensteuern, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Es muss eine strategische und langfristige Haushaltskonsolidierung verfolgt werden, die insbesondere folgende Ansätze enthalten soll:

- Bei der Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen wird das Ziel verfolgt, den städtischen Haushalt entscheidend zu entlasten. Die mögliche Neuordnung muss dazu beitragen, dass mittelfristig keine Bezuschussung einzelner Gesellschaften durch den städtischen Haushalt mehr nötig ist. Die neue Beteiligungsstruktur muss zukünftig auch zu finanziellen Zuführungen in den städtischen Haushalt führen.
- Politik und Verwaltung befinden sich gemeinsam vor der schwierigen Aufgabe eine strategische und langfristige Haushaltskonsolidierung zu leisten. Systematisch und kontinuierlich sollen Politik und Verwaltung gemeinsam Einsparpotentiale in allen Teilhaushalten und Produkten der Stadt eruieren, um langfristig einen Korridor zur Entschuldung der Stadt zu öffnen. Hierzu werden Kürzungen im Haushalt nach vorheriger Aufgabenkritik umgesetzt. Die Aufgabenkritik muss bereits im Haushaltsjahr 2010 beginnen. Diese muss sowohl für diesen als auch für die kommenden Haushalte wirken.
- Es ist zu prüfen, inwieweit Budgets auf Dezernatsebene einen differenzierten Konsolidierungsbetrag erbringen können.
- Es wird eine verstärkte Nutzung von Zuschüssen des Landes, Bundes und aus EU-Mitteln verfolgt.
- Die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Umland und Wiesbaden ist zu verstärken, um durch Nutzung von Synergien Ausgaben zu senken.
- Sobald ein Bürgerhaushalt mit der Einführung der Doppik vereinbar ist, soll ein Teil des öffentlichen Haushalts durch ein partizipatives Haushaltsberatungsverfahren in enger Verzahnung mit der Verwaltung aufgestellt werden. Die Verwaltung soll dem Stadtrat Möglichkeiten der Partizipationsverfahren vorstellen.

gez. Oliver Sucher
gez. Katrin Eder
gez. Christopher Sitte